

So haben die Unternehmer die Lasten des Sanierungsversuchs, des Dawespatentes, auf die Arbeiter ab.

Einen Ansporn, die Lasten der arbeitenden Schichten noch mehr zu vergroßern, die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit zu verlängern, Arbeit zu entlassen, geben die Kursstürze an der Börse, die die neue Krise, den Krach der Sanierung jedem deutlich zeigen. Wie weit der Krach geht, zeigt der Umstand, daß immer weitere Unternehmenskreise in diesen hineingezogen werden. Nach Stinnes folgte Woss. Die Handelszeitung des "Berliner Tageblattes" vom 12. d. M. entrollt ein weiteres Bild der Lage, sie bestätigt, daß allenfalls Geldnot besteht. An eine Behebung derselben ist aber nicht zu denken, ohne die Gefahr einer neuen Inflation. Im Gegenteil hat die Reichsbank in der letzten Maiwoche weitere 120 Millionen Mark aus dem Zahlungsmittelumlauf herausgezogen. Weiter teilt dann die Handelszeitung des "B. T." mit, daß die Firma Krupp Grundbesitz verlässt, um Geld zu bekommen. Zechenstilllegungen, Betriebszusammenlegungen und Arbeitserlassungen werden angekündigt für das gesamte Ruhrgebiet. Ebenso sollen in Bau begriffene Anlagen zum vorläufigen Stillgelegen. Diese Maßnahmen werden nach dem "B. T." die Zahl der Arbeitslosen um 70-80 000 Bauarbeiter erhöhen.

So bestätigen sich die Voraussagen der KPD mit aller Schärfe. Krach der Sanierung, ungeheure Lasten für die Arbeiter.

Die Arbeiterschaft muß die Angriffe der Unternehmer abwehren. Die KPD wird die Arbeiter in diesem Kampf führen. Der Kampf muß auf der breitesten Basis durchgeführt werden. Alle Kräfte sind zu mobilisieren, die Zollpläne zu verhindern, den Rohstoffabbau und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Gegen den Rohstoffabbau Rohrforderungen! Gegen die Zoll- und Steuerpläne die Massenaktion der Arbeiter. Gegen die Arbeitserlassungen den starren Achtundertag! Die Einheitsfront der Gewerkschaften, die Einheitskampftrommeln der Arbeiter in den Betrieben sind die ersten Bedingungen. Sie müssen schnellstens hergestellt werden.

## Geheimrüstungen Deutschlands

### Feststellungen des Kontrollberichts.

Durch den Bericht der internationalen Kontrollkommission, der jetzt in Paris veröffentlicht worden ist, wird die geheime Rüstung, die die deutsche Bourgeoisie insbesondere bei der Ruhrturkierung betrieben hat, in ihrem ganzen Umfang bekanntgegeben.

Zunächst wird festgestellt, daß die Kontrollkommission bei ihrer Arbeit auf den lebhaftesten Widerstand der Militärbürokratie gestoßen sei. Man habe ihr in diesen Fällen den Zutritt zu bestimmten Räumen verboten. Außerdem sei bedeutsam für den Willen der deutschen Regierung, die geheimen Rüstungen der Reichswehr und den Umgang der schwarzen Reichswehr zu verheimlichen, daß gegen Verfasser von Presseartikeln über diese Dinge Strafverfahren eingeleitet worden seien mit dem Erfolge schwerer Verurteilungen.

Die Fabrikation von Kriegsmaterial in Deutschland sei trotz des Verbotes im Verfaßter Frieden so organisiert, daß die deutschen Militärbehörden in der Lage seien, Kriegsmaterial in größtem Umfang und in kürzester Zeit herzustellen.

Die Kommission habe geheime Vororte entdeckt, z. B. in der Fabrik der Deutschen Waffen- und Munitionswerke in Wittenau, wo 113 Kanonenläufe, 17 000 Maschinengewehrläufe, 17 000 handfertige Kanonenrohre und 10 000 Rohre für 9-Millimeter-Gewehre gefunden worden seien.

Die Reichswehr sei kein Heer von Freiwilligen, sondern eine Armee von Kadres, die ausgeschult werden könnte. Ihr Effektivbestand überschreite zwar nicht 100 000 Mann. Aber es seien Referenzabreise für Offiziere und Unteroffiziere festgestellt. Die ungeschicklich eingegliederten Mannschaften seien nicht als Effektivbestand ausgeführt, sondern nur für kurze Zeit als sogenannte Zeitfreiwillige verpflichtet worden.

Diese Zeitfreiwilligen würden gewöhnlich zuerst für zwei Monate in die Reichswehr eingegliedert, und ihre Ausbildung werde dann durch gewisse patriotische Vereine fortgesetzt. Dieses System sei 1923 geschaffen worden, und obgleich die deutsche Regierung es ableugne, habe die Kontrollkommission zahlreiche Beweise dafür erhalten. Es sei jetzt noch in Funktion. Die Magazine seien für eine viel stärkere Armee als für die Reichswehr ausgerüstet. Seit 1922 sei das Personal nicht wesentlich herabgesetzt worden.

Der Grundzog des Fortbestehens der Hilfspolizei sei in einzelnen Ländern beibehalten worden.

Im Verlauf eines nicht angekündigten Besuches im Sammellager, am 11. Dezember, habe die Kommission die Anwesenheit von Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens festgestellt, einer militärischen Infrastruktur beimonten.

Auf Grund dieser Feststellungen, die wir im Auszug bringen, hat die Entente die Entwaffnungserfordernisse gestellt, deren Inhalt bereits bekannt ist. — Die Entwaffnungserfordernisse selbst röhren aber nicht an dem militärischen System, das sich die deutsche Bourgeoisie zur Niederhaltung des Proletariats geschaffen hat.

## Die Ruhrturkierung der Gewerkschaftsbürokratie

In der letzten Nummer der bürgerlich-radikalen "Weltbühne" (Nr. 22 vom 2. Juni 1925) macht der bekannte wirtschaftliche Mitarbeiter dieser Wochenschrift, Morus, sehr interessante Feststellungen über die Beteiligung der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie an der Ruhrturkierung. In der "Weltbühne" heißt es:

"So geht's: die Barmat-Ausschüsse plaudern nach der Freilassung der wichtigsten Beteiligten mutter wieder auf, und nur die finanziell wichtigste der Untersuchungskommissionen: der Ruhrausschluß läßt sonst und unbemerkt ein. Den parlamentarischen Beschützern der Ruhrgewinner ist es gelungen, die Opponenten in Altenbergen erlassen zu lassen und das Interesse der Öffentlichkeit durch belanglose Zeugenvornehmungen zu lähmen. Wahrscheinlich aber hätten sie ihr Ziel nicht so bequem erreicht, wenn nicht die bürgerlichen Mittelparteien (d. h. die sogenannten Volksblattparteien, Red. d. "R.") Angst gehabt hätten, daß das Kabinett Marx bei der Angelegenheit kompromittiert werden könnte, und wenn nicht die Sozialdemokraten, von rechts und links attackiert, befürchtet hätten, die Gewerkschaften könnten aus der Nachprüfung der Ruhrgelder nicht ganz makellos hervorgehen. Denn es scheint nun einmal Tatsache zu sein, daß auch die freien Gewerkschaften von vielen gewußt und an manchem partizipiert haben (Anteil hatten), was man den Industriellen zum Vorwurf macht. Sie haben teils aus Patriotismus, teils - nun ja .... mit den Großvadern ausgewandert, und die westfälischen und rheinländischen Gewerkschaftsbürokratie sind nicht gewiß und robust genug, um sich jetzt als Ankläger ihrer ehemaligen Kompagnons aufzuspielen. Dafür könnte man eigentlich erwarten, daß nun auch die Industriellen den Gewerkschaften die bürgerlichen Ehrentrechte zuwenden. Aber sie denken nicht daran. Jetzt, wo man die

Arbeitszeit nicht mehr braucht, wird ihnen von überbliebener Stelle der Siegeszug verlegt."

Ein Kommentar ist überflüssig. Wir fragen nur: Wie lange wollen die ehrlichen Arbeiter solchen korrupten Führern Gefolgschaft leisten? Mit diesen Feststellungen ist für den legenden Beweis erbracht, daß die reformistischen Führer nichts weiter sind als Vasallen der Bourgeoisie. Es ist Zeit, daß die deutsche Arbeiterschaft von diesen Elementen gereinigt wird.

## Entmilitarisierung der Polizei

Im Haupthausschluß des Reichstages brachte die kommunistische Fraktion folgende Entschließung ein:

### Entschließung.

Der Ausschluß wolle beschließen: Der Reichstag wolle beschließen

- a) die staatliche Polizei ist aufzulösen, die Polizeibeamten sind in von ihnen selbst zu wählende Berufe zu überführen; an ihre Stelle tritt eine Arbeitersicherheitswehr;
- b) im Fall der Ablehnung die Reichsregierung zu erlauben, als bald ein Gesetz über die Organisation der Polizei unter Beachtung folgender Richtlinien vorzulegen:

1. Vollständige Entmilitarisierung der Polizei mit Beseitigung der Offiziersstellen und Besetzung der Führerstellen mit Vertrauensmännern;
2. Aufhebung der Aktenierung;
3. Beseitigung der feldmäßigen Bewaffnung und Ausrüstung sowie der militärischen Übungen. Auslieferung der damit verbundenen Waffen an die Arbeiterschaft unter Verwaltung durch die Betriebsrätekomitees;
4. Beseitigung des Nebenstafelkommandos und der militärisch organisierten Abteilungen zur beladenen Verwendung;
5. Auflösung der berittenen Polizei;
6. Umwandlung der gesamten Polizei aus einer staatlichen in eine ausschließlich kommunale Einrichtung;
7. das Personal der Polizei erhält Kommunalbeamtenentgelt und darf nicht schlechter gestellt sein als die Zivilbeamten;
8. Aufhebung aller Verbote oder Beschränkungen der Eheschließung für Polizeibeamte;
9. Aufhebung der politischen Abteilungen bei den Polizeiverwaltungen.



Arbeiter, lest die „Arbeiterstimme“!

Zeitung (E. Seidewitz)

Arbeiterstimme

Arbeiterstimme